Unterrichtung

über die öffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates Heidenburg am 23.07.2015
um 20:00 Uhr im „Gasthaus zur Linde“ in Heidenburg.

Anwesende:

Ortsbürgermeister Treinen
als Vorsitzender

Die Ratsmitglieder:

1. Jäger, Andrea
2. Scheit, Erich
3. Paulus, Jürgen
4. Hoffmann, Otmar
5. Thomé, Karl-Josef
6. Schemer, Dietmar
7. Göppert, Anton
8. Haas, Hermann
9. Mattes, Dieter
10. Eiseloh, Kai
11. Christen, Jörg (ab TOP2)

Ortsbürgermeister Treinen eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Mitglieder nach ordnungsgemäßer Einladung in beschlussfähiger Zahl erschienen waren. Gegen Form und Frist der Einladung wurden keine Bedenken erhoben.

Es fehlten entschuldigt:

12. Schu, Heike
- Stein, Uwe, 2. Beigeordneter

Ferner anwesend:

Becker, Alexander, 1. Beigeordnete
VG-Angestellter Reusch
Fachbereichsleiter Steinmetz
Bürgermeister Hüllenkremer

Tagesordnung:

1. Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes
2. Einwohnerfragestunde
3. Bürgerbegehren gem. §17 a GemO der Bürgerinitiative „Pro Natur“ vom 12.05.2015
4. Kommunal- und Verwaltungsreform
5. Breitbandausbau der RWE Deutschland
6. Anschaffung einer Schaukel für die Kindertagesstätte „Zwergenstübchen“
7. Fortschreibung des Ortsdurchfahrten-Programmes für den Landkreis Bernkastel-Wittlich
8. Informationen

Zu TOP 1: Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes

Gem. § 30 Abs. 2 GemO verpflichtete Ortsbürgermeister Treinen das neue Ratsmitglied, Herr Christen, namens der Ortsgemeinde Heidenburg durch Handschlag, auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten.

Ergänzend wurde hierzu auf die Vorschriften gem. §§ 20 und 21 GemO zur Schweige- und Treuepflicht der Ratsmitglieder hingewiesen.

Zu TOP 2: Einwohnerfragestunde

Von der nach § 16 a GemO und § 21 der Geschäftsordnung eingeräumten Möglichkeit, Fragen aus dem Bereich der örtlichen Verwaltung zu stellen, wurde kein Gebrauch gemacht.

Zu TOP 3: Bürgerbegehren gem. §17 a GemO der Bürgerinitiative „Pro Natur“ vom 12.05.2015

Herr Treinen informierte über das von der Bürgerinitiative „Pro Natur“ gestellte Bürgerbegehren vom 12.05.2015, welches folgende Frage behandelte: „Sind Sie dafür, dass der Abstand von Windenergieanlagen zu bewohnten Ortslagen sowie zu Bauerwartungsland auf der Gemarkung der Ortsgemeinde Heidenburg mindestens das Zehnfache der Nabenhöhe beträgt, soweit der Wahrung dieses Abstands kein zwingendes Recht entgegensteht?“.

Er führte weiter aus, dass nach §17a Abs. 4 Satz 2 GemO der Ortsgemeinderat über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens - nach erfolgter Anhörung der vertretenen Personen - entscheidet.

Ortsbürgermeister Treinen begrüßte nun Frau Michaela Gauer als Vertreterin der Bürgerinitiative „Pro-Natur“ und übergab ihr das Wort.

Frau Gauer bedankte sich zunächst für die Einladung und teilte anschließend dem Rat und der Zuhörerschaft die Hintergründe des Bürgerbegehrens mit.

Die BI-„Pro-Natur“ sehe die große Gefahr, dass die Ortsgemeinde Heidenburg in Zukunft von Windenergieanlagen umzingelt sei und dadurch das Wohlbefinden der Bürger und Einwohner der Ortsgemeinde stark beeinträchtigt werden würde.

Weiter führte Frau Gauer aus, dass sich die BI-„Pro-Natur“ bei negativer Abstimmung rechtliche Schritte gegen die Ortsgemeinde Heidenburg vorbehalten.

Nun wurde seitens der Bürgerinitiative folgendes zu Protokoll gegeben:

„Wir möchten nachdrücklich darauf hinweisen, dass sich das Bürgerbegehren nicht auf Entscheidungen richtet, die vom Bürgerentscheid ausgeschlossene Gegenstände betreffen (§17a Abs. 2 GemO) oder außerhalb des Kompetenzbereichs der Ortsgemeinde Heidenburg liegen.

Zu den ausgeschlossenen Gegenständen gehört nicht zuletzt die Bauleitplanung (§17a Abs. 2 Nr. 6 GemO).

Das Bürgerbegehren wendet sich demnach insbesondere nicht an die Verbandsgemeinde mit dem Ziel, dass die geforderten Abstände in den Flächennutzungsplan aufnimmt. Vielmehr geht es allein um solche Entscheidungen, die von der Ortsgemeinde getroffen werden können und sich auf Gegenstände beziehen, die einem Bürgerentscheid zugänglich sind.

Für die Ortsgemeinde Heidenburg bestehen auch unter Beachtung der rechtlichen Restriktionen, denen das Bürgerbegehren unterliegt, genügend Möglichkeiten, dem im Bürgerbegehren zum Ausdruck kommenden Anliegen Rechnung zu tragen.

So kann sich die Ortsgemeinde zum Beispiel dafür entscheiden, dass sie über die ihr gehörenden Grundstücke keine Pacht- oder Gestattungsverträge mit Investoren für solche Windenergieanlagen abschließt, die nicht den geforderten Abstand einhalten.

Sollten bereits Verträge vorliegen, welche diese Anforderungen nicht erfüllen, kann die Ortsgemeinde mit den Investoren Kontakt aufnehmen, um die Verträge entsprechend zu ändern. Es kann keineswegs von vornherein ausgeschlossen werden, dass die Investoren dazu im Einzelfall bereit sind.

Die Beispiele zeigen, dass sich das Bürgerbegehren auf Gegenstände richtet, die einem Bürgerentscheid nicht entzogen sind, und dass die Ortsgemeinde Heidenburg in diesem Rahmen durchaus über Kompetenzen verfügt, die es ihr ermöglichen, sich für die Einhaltung der geforderten Abstände einzusetzen.

Desweiteren machen wir ausdrücklich darauf aufmerksam, dass dieses Bürgerbegehren wegen der Besonderheiten des Falles keines Kostendeckungsvorschlags bedarf. Die Besonderheiten ergeben sich insbesondere aus folgenden Gesichtspunkten:

1. Bereits eine einigermaßen realistische Kostenschätzung ist nicht möglich, da die zwischen der Ortsgemeinde Heidenburg und dem Investor vereinbarten vertraglichen Konditionen unbekannt sind und auch aus Datenschutzgründen der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden können.

2. Ein zusätzlicher Aufwand entsteht der Ortsgemeinde nicht.

3. Bei der Ortsgemeinde werden keine gesicherten finanziellen Zuflüsse beeinträchtigt, sondern allenfalls mehr oder minder diffuse Einnahmehancen und Gewinnaussichten.

4. Es ist völlig ungewiss, ob Standorte innerhalb der im Bürgerbegehren geforderten Abstände für die Errichtung von Windenergieanlagen aus fachrechtlicher Sicht (Artenschutz etc.) geeignet sind und dort Anlagengenehmigungen erteilt werden können.

5. Derzeit ist überdies nicht abschätzbar, ob und mit welchem Inhalt der im Aufstellungsverfahren befindliche Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf in Kraft treten wird.

Es ist hiernach völlig offen, ob der Ortsgemeinde Heidenburg überhaupt Kosten durch das Bürgerbegehren entstehen.

Heidenburg, 23.07.2015, gez. Ludwin Trampert / Michaela Gauer / Alexander Schilling“

Nach den Ausführungen von Frau Gauer übernahm nun Fachbereichsleiter Steinmetz das Wort und bedankte sich bei Frau Gauer für deren Ausführungen.

Er führte aus, dass ein Bürgerentscheid nach der gesetzlichen Vorgabe aus §17a Abs.1 Satz 1 der Gemeindeordnung nur über eine Angelegenheit der Ortsgemeinde beantragt werden kann bzw. dem Wirkungskreis der Ortsgemeinde zuzurechnen ist.

Es müsse sich um eine Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft und damit um eine originäre Selbstverwaltungsaufgabe der Ortsgemeinde handeln. Entsprechend §67 Abs. 2 der Gemeindeordnung ist die Aufstellung des Flächennutzungsplanes eine ausschließliche Angelegenheit der Verbandsgemeinde. Daher sei das Bürgerbegehren vom 12.05.2015 nicht zulässig. Darüber hinaus schließt §17a Abs. 2 Nr.6 GemO einen Bürgerentscheid über die Aufstellung, Änderung und Aufhebung von Bauleitplänen bereits aus.

Bürgermeister Hüllenkremer ergriff nun das Wort und stellte aufgrund den Ausführungen von Frau Gauer fest, dass das Begehren der Bürgerinitiative sich grundsätzlich nicht gegen die Aufstellung oder Änderung des Flächennutzungsplanes richtet, sondern speziell auf Entscheidungen des Ortsgemeinderates abzielt. Nämlich, dass die Ortsgemeinde Heidenburg keine Verträge mit Investoren abschließt, die nicht den geforderten Abstand einhalten wollen. Allerdings sei das Bürgerbegehren in der vorgelegten Form unzulässig, da die Formulierung des Begehrens falsch gewählt worden sei.

Von den Ratsmitgliedern wurde dies ebenfalls so festgestellt. Von Ratsmitglied Göppert erging nun der Vorschlag, sich in naher Zukunft mit der Bürgerinitiative im Rahmen eines Treffens auszutauschen und gemeinsam die Thematik „Windkraft“ zu erörtern. Dieser Vorschlag wurde von den übrigen Ratsmitgliedern positiv aufgenommen.

Ein Beschluss wurde nicht gefasst.

Zu TOP 4: Kommunal- und Verwaltungsreform

Der Vorsitzende verwies zunächst auf den Bürgerentscheid vom 10.06.2012. Auf die Frage, ob die Ortsgemeinde Heidenburg im Zuge der Kommunal- und Verwaltungsreform in die Verbandsgemeinde Schweich an der römischen Weinstraße (Landkreis Trier-Saarburg) wechseln soll, haben damals 334 Bürger/innen mit „ja“ (82,9% der Stimmberechtigten) gestimmt. Sodann übergab Ortsbürgermeister Treinen das Wort an Bürgermeister Hüllenkremer und Herrn Steinmetz.

Beide informierten den Rat und die Zuhörerschaft über den aktuellen Stand der Sach- und Rechtslage zur Kommunal- und Verwaltungsreform.

Am Freitag, dem 26. Juni 2015 fand im Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz zwischen der Verwaltung und dem dort zuständigen Abteilungsleiter Fischer und dem Sachbearbeiter Schröder ein Gespräch zum Stand der Kommunal- und Verwaltungsreform bezogen auf die Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf statt.

Weiterhin wird vom Ministerium eine Lösung favorisiert, in der die Verbandsgemeinde Thalfang als Ganzes fusioniert, ohne dass einzelne Ortsgemeinden anderweitig fusionieren.

Im Bezug auf das Wechselinteresse der Ortsgemeinden Büdlich, Breit und Heidenburg wurde vom Innenministerium mitgeteilt, dass von der Verbandsgemeinde Schweich eine Aufnahme gewollt sein müsse, da man diese nicht zwingen könne.

Hieraus ergibt sich außerdem, dass die Verbandsgemeinde Schweich auch nicht gezwungen werden kann, die Verbandsgemeinde Thalfang a. E. als Ganzes aufzunehmen.

Es wurde als Alternative zu einem Zusammenschluss mit der Einheitsgemeinde Morbach die Fusion mit der Verbandsgemeinde Hermeskeil präferiert. Hierbei ist zu beachten, dass die Verbandsgemeinde Kell am See zumindest zum Teil mit der Verbandsgemeinde Hermeskeil zusammengefügt werden wird. Dies erfolgt, so die Planung des Innenministeriums, nach der Landtagswahl 2016. In diesem Rahmen wird auch über den Verbleib der Verbandsgemeinde Thalfang a. E. zu entscheiden sein, auch wenn die Umsetzung erst später erfolgt.

Auf Nachfrage der Verwaltung, die Möglichkeit der Verbandsgemeinde Thalfang a. E. mit der Verbandsgemeinde Birkenfeld zu fusionieren, wurde ebenfalls bekräftigt. Sofern eine freiwillige Fusion der beiden Verbandsgemeinden herbeigeführt werden kann und sich die Beteiligten über die Details einig werden, wird das Innenministerium diese Lösungsvariante ebenfalls unterstützen. Die finanzielle Unterstützung respektive eine Beteiligung des Landes Rheinland-Pfalz müsse aufgrund der beendeten Freiwilligkeitsphase grundsätzlich neu sondiert und geprüft werden.

Fachbereichsleiter Steinmetz führte weiter aus, dass nach Aussage des Innenministeriums bei allen Fusionsmöglichkeiten die Kreisgrenzen keine Rolle spielen.

Es entstand nun eine rege Diskussion in der Mitte des Rates und aufgekommene Fragen wurden seitens der Verwaltung beantwortet. Herr Steinmetz teilte dem Rat mit, dass die Verwaltung jederzeit für Fragen offen sei und sich bemühe die Ortsgemeinden so schnell wie möglich mit Informationen und neu gesammelten Erkenntnissen im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform zu versorgen.

Ein Beschluss wurde nicht gefasst.

Zu TOP 5: Breitbandausbau der RWE Deutschland

Ortsbürgermeister Treinen informierte den Rat über die Planungen des RWE Deutschland zum Glasfaserausbau/schnelles Internet in den Verbandsgemeinden Thalfang und Hermeskeil. Danach sei beabsichtigt, entsprechend der Vorgehensweise des RWE in anderen ländlichen Regionen, im Zuge des Ausbaus des Glasfasernetzes Thalfang-Lorscheid weitere Ortsgemeinden mit schnellem Internet (25- 50 Mbit/s) zu versorgen.

Ein entsprechendes Angebot lag dem Ortsgemeinderat vor und wurde von Herrn Treinen vorgestellt.

Das vorliegende Angebot richtet sich an insgesamt 16 Ortsgemeinden der beiden Verbandsgemeinden Thalfang und Hermeskeil. Die Kosten für die gesamte Erschließung läge bei 222.500,-€ netto und solle über einen Einwohnerschlüssel auf diejenigen Ortsgemeinden umgelegt werden, welche sich für die Erschließung des

Glasfasernetzes aussprechen und das Angebot der Fa. RWE Deutschland entsprechend annehmen werden.

Bei aktuell 708 Einwohnern, läge die einmalige Pachtsumme für die Ortsgemeinde Heidenburg bei 35.916,55€ netto. Diese Pachtsumme sei allerdings nur fix, wenn alle 16 Ortsgemeinden das Angebot von RWE Deutschland annehmen werden.

Für den Fall, dass einige Ortsgemeinden das Angebot nicht annehmen, wird deren Anteil von allen übrigen Ortsgemeinden aufgefangen und erhöht sich entsprechend des Einwohnerschlüssels der jeweiligen Ortsgemeinde.

Abschließend teilte Ortsbürgermeister Treinen dem Rat mit, dass von einer Bauzeit von ca. einem Jahr ab Auftragsvergabe ausgegangen werden kann.

In der sich daraus ergebenden Diskussion begrüßten die Ratsmitglieder das Vorhaben der Fa. RWE Deutschland, da die Ortsgemeinde Heidenburg bisher über keine gute Internetanbindung verfüge und das Angebot seitens der RWE die wohl kostengünstigste Lösung für die Ortsgemeinde Heidenburg darstelle um den Haushalten in der Ortsgemeinde schnelleres Internet zu ermöglichen.

Nach erfolgter Diskussion beschloss der Ortsgemeinderat das Angebot der Fa. RWE Deutschland anzunehmen.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu TOP 6: Anschaffung einer Schaukel für die Kindertagesstätte „Zwergenstübchen“

Der Vorsitzende verwies auf die letzte Sitzung des Ortsgemeinderates am 28.05.2015. In dieser Sitzung beschloss der Ortsgemeinderat die Anschaffung einer Metallschaukel bei der Firma Rhinozeros zu einem Angebotspreis von 1.285,-€. Kurz nach dieser Sitzung habe Herr Treinen allerdings ein preisgünstigeres Angebot zur Lieferung der Schaukel vorgelegt bekommen und bittet den Ortsgemeinderat nun, den gefassten Beschluss vom 28.05.2015 aufzuheben und der Fa. Playparc aus Willebadessen, den Auftrag zur Lieferung der Schaukel zu einem Angebotspreis von 1.031,35€ zu erteilen.

Nach kurzer Diskussion beschloss der Rat, die Schaukel für die Kindertagesstätte bei der Fa. Playparc zu einem Angebotspreis von 1.031,35€ zu beschaffen. Außerdem soll der Beschluss vom 28.05.2015 aufgehoben werden.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu TOP 7: Fortschreibung des Ortsdurchfahrten-Programmes für den Landkreis Bernkastel-Wittlich

Ortsbürgermeister Treinen berichtete über die Mitteilung der Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich, dass seitens des Landkreises die Fortschreibung des Ausbauprogramms für Ortsdurchfahrten an den Kreisstraßen ansteht. Die

Gemeinden könnten demzufolge Ortsdurchfahrten anmelden, deren Ausbau in den kommenden Jahren als besonders dringlich erachtet wird.

Nach kurzer Diskussion wurde vorgeschlagen, die Kreisstraße 138, deren Zustand am schlechtesten beurteilt wird, an die Spitze der Prioritätenliste setzen zu lassen.

Der Ortsgemeinde folgte dem Vorschlag und beschloss die Kreisstraße 138 beim Ortsdurchfahrtenprogramm des Kreises anzumelden.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Zu TOP 8: Informationen

Der Vorsitzende informierte über folgende Angelegenheiten:

- a) Veranstaltung zum Thema „Leerstände in der Ortsgemeinde Heidenburg“
- b) Durchzuführende Mäharbeiten im oberen Teil der Gräfinstraße
- c) Sanierung von Wegkreuzen
- d) Anlegung von Urnengrabstätten